



Wir berichten, was andere verschweigen.

Aus dem steirischen Landtag

KPÖ informiert aus erster Hand



„Weg mit dem Regress!“

KPÖ-LAbg. Klimt-Weithaler: „Steiermark darf nicht Schlusslicht bleiben“

Gemeinsam mit zwei Betroffenen stellte Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-Klubobfrau im Landtag, am 29. April die Kampagne ihrer Partei zur Abschaffung des Pflegeregresses in der Steiermark vor. Außerdem präsentierte die KPÖ die dritte, überarbeitete Auflage ihrer Pflegebroschüre, in der die Probleme im Pflegebereich in der Steiermark sowie Lösungswege aufgezeigt werden.

Frau Berger aus dem Bezirk Graz-Umgebung zeigte gemeinsam mit ihrem Mann auf, mit welcher Situation sie durch den Pflegeregress konfrontiert ist: Ihre Eltern, 81 und 85, sind seit März 2011 in einem Pflegeheim, da eine Pflege zuhause aufgrund ihres Gesundheitszustandes nicht mehr möglich war. Da es sich um zwei pflege-

bedürftige Personen handelt,

muss Familie Berger auch zweimal Regress bezahlen, in Summe 240 Euro. Frau Berbers Schwester muss 500 Euro bezahlen, obwohl drei ihrer vier Kinder noch nicht volljährig sind und volle Unterhaltspflicht besteht. „Unser Vertrauen in den Staat ist erschüttert, weil nicht für alle dieselben Gesetze gelten. Nur in der Steiermark besteht diese Regelung, obwohl der Personalschlüssel und damit die Qualität der Pflege bei uns weit unter dem Standard anderer Bundesländer liegt“, beklagt Frau Berger. Familie Berger hat vor der Einführung des Regresses übrigens freiwillig einen hohen Beitrag zur Pflege der Eltern geleistet.

Frau S., die ihren vollen Namen nicht nennen möchte, ist Mutter eines erwachsenen behinderten Sohnes, der in einer Tageswerkstätte untergebracht ist. Seit ihre Mutter (Jahrgang 1926) nach einem Unfall stark pflegebedürftig und daher in einem Heim untergebracht ist, ist Frau S. dadurch gleich zweimal regresspflichtig. Für ihre Mutter zahlt sie monatlich 291,- Euro, für ihren Sohn je nach benötigten Betreuungsleistungen zwischen 300 und 400 Euro, in Summe also bis zu 700 Euro.



Claudia Klimt-Weithaler: Erfolgreicher Start für Kampagne gegen den Pflegeregress.

Frau S.: „Meinen Sohn haben schon die Kürzungen im Jahr 2011 schwer getroffen, seither gibt es kaum noch Fördermaß-

nahmen, nur mehr Aufbewahrung. Seit meine Mutter im Heim ist, werde ich doppelt zur Kasse gebeten. Ich muss nun die Versäumnisse der Politik ausbaden.“

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler und die KPÖ-Mitarbeiterin Karin Gruber berichteten von einer stark zunehmenden Zahl von Menschen, die sich hilfesuchend an den Landtagsklub der KPÖ wenden, weil sie von Regressforderungen betroffen sind. Die KPÖ wird deshalb zusätzlich zu ihren Initiativen im Landtag eine Kampagne starten, um den Druck auf die Landesregierung zu erhöhen, als letztes österreichisches Bundesland vom Regress Abschied zu nehmen. „In der Steiermark formiert sich eine breite Front gegen den Regress. Wir wollen mit unserer Kampagne dazu beitragen, dass diese Regelung wieder abgeschafft wird. Die Steiermark darf hier nicht Schlusslicht in Österreich bleiben“, so Klimt-Weithaler.



Österreichische Post AG / Sponsoring.Post • BenachrichtigungsPA 8020 Graz VNr: 07Z037205



Neue, grundlegend überarbeitete Broschüre zum Thema Pflege:

Die steirische KPÖ hat einen Forderungskatalog zum Thema Pflege erstellt. Wir laden Sie ein, mitzudiskutieren, sich mit unseren Verbesserungsvorschlägen zu beschäftigen. Wir senden Ihnen die Broschüre „Wie wollen wir Pflege?“ gerne kostenlos zu.

Bestellungen bei:

Landtagsklub der KPÖ, Herrngasse 16, 8010 Graz
E-Mail: ltk-kpoe@stmk.gv.at
Tel. (0316) 877-5102
Fax (0316) 877-5108

„Unfair und unsozial“

Als eine der größten politischen Fehlentscheidungen, die in dieser Legislaturperiode bisher getroffen wurde, muss man wohl die Wiedereinführung des Regresses bezeichnen. Nicht umsonst gibt es dagegen eine breite Front unterschiedlichster AkteurInnen, die dagegen ankämpft: Abgesehen von den Grünen und der KPÖ, die hier im Landtag seit 2011 dagegen kämpfen, meldeten sich

dazu auch schon die Volksanwaltschaft, Caritas-Präsident Küberl, Sozialminister Hundstorfer und nun sogar die Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter/innen zu Wort.

Bekanntlich ist die Steiermark das einzige Bundesland, das diesen Regress von Angehörigen einfordert. Und was jene dazu sagen, die ich ihnen vorhin aufgezählt habe, darf ich kurz zitieren:

Fritz Ploner (FSG): „Es ist nicht einzusehen, dass die Steuerer als Einzige für die Pflege von Angehörigen zur Kasse gebeten werden.“ Er fordert die ersatzlose Abschaffung! Sozialminister Hundstorfer (SPÖ): „Die Einführung des Regresses noch dazu ohne Bescheid ist nicht nachvollziehbar. Wir haben einen eigenen Pflegefonds eingerichtet, der den Ländern hilft, den Anstieg bei den Sozialhilfe-

kosten zu bewältigen.“ Caritas-Direktor Küberl: „Hoffentlich fällt er bald. Der Regress ist eine Zusatzbelastung für Familien. Es zahlt die Person, die gepflegt wird, schon mit ihrer Rente, mit ihrem Pflegegeld. Es zahlen die Ehegatten und jetzt sollen die Kinder auch noch zahlen. Ich glaube, dass es an der Zeit wäre, den Regress in das Buch der Geschichte einzutragen und zu vergessen.“

Der Regress ist für die Bevölkerung unzumutbar und wird als besonders ungerecht empfunden. Wenn es in einer steirischen Familie zu einem Pflegefall kommt, steht die Existenz von Angehörigen und deren gesamter Lebensertrag auf dem Spiel. Ab einem Einkommen von 1286 Euro (bzw. 1.500, wenn man kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld bezieht) muss man zahlen. Andere Unterhaltsverpflichtungen werden ebenso wenig berücksichtigt wie persönliche Notlagen.

Der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser hat immer



Schon in den ersten Tagen der Aktion erreichten uns tausende Unterschriften

Wohnbauförderung am Ende: 2012 wurden nur 437 Wohnungen errichtet SPÖ will Wohnbaumittel weiter zweckentfremden

Bis zu 2.740 neue Wohnungen wurden in den 1990ern noch jährlich aus Mitteln der steirischen Wohnbauförderung errichtet. 2006 waren es immerhin noch 1.865. Trotz der sich verschärfenden Situation am Wohnungsmarkt wurden durch die verfehlte Budgetpolitik von SPÖ und ÖVP 2012 nur noch 437 Wohnungen aus diesen Mitteln gebaut. Die Wohnbauförderung sei damit am Ende, bedauert KPÖ-LAbg. Werner Murgg.

Die gestiegene Nachfrage lässt die Wohnkosten noch deutlicher ansteigen. In den letzten Jahren sind Mieten doppelt so stark gestiegen wie Inflation und Löhne. Die nun von der Bundes-SPÖ geforderte Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbaumittel wird in der Steiermark gerade von der SPÖ boykottiert. Ein

entsprechender KPÖ-Antrag im Grazer Gemeinderat wurde von allen Parteien unterstützt – nur die SPÖ stimmte dagegen.

Dem Landtag liegt seit Juni 2012 ein Antrag der KPÖ auf landesgesetzliche Zweckbindung der Wohnbaufördergelder vor. Dieser Antrag wurde inhaltlich bis heute nicht behandelt, sondern in den Unterausschuss „Budgetsanierung“ abgeschoben. Dessen Vorsitzender ist SPÖ-LAbg. Hannes Schwarz.

LAbg. Murgg fordert LAbg. Schwarz auf, den Antrag endlich behandeln zu lassen. „Die SPÖ hätte die Gelegenheit, ihren Ankündigungen Taten folgen zu lassen. Anstatt die Zweckbindung wenigstens zu diskutieren, tut die SPÖ alles, um sie zu verhindern. Offenbar handelt es sich beim SPÖ-Vorstoß auf Bundesebene nur um Wahlkampfrhetorik.“

Steirische Musikschulen in Gefahr

Bildungsabbau darf nicht das Ergebnis von budgetpolitischen Verfehlungen von SPÖ und ÖVP sein.

Die Äußerungen von SP-Schullandesrat Schickhofer lassen aufhorchen: Aus „Kostengründen“ steht den steirischen Musikschulen ein Kahlschlag bevor.

Bis zu 48 Gemeinden sind von den Plänen betroffen. In Vorbereitung auf diese „Reform“ wurden die Gemeinden bereits vom Land angehalten, Förderverträge zu unterschreiben, welche die Aufnahme neuer Lehrerinnen und Lehrer untersagen. Auch eine automatische Verlängerung der Förderverträge ist nicht mehr vorgesehen. Die Musikschulen können also nicht mehr langfristig planen, sondern müssen jedes Jahr zittern, ob sie geschlossen werden. Eine Vor-

warnung bzw. Kündigungsfrist ist nicht vorgesehen.

KPÖ-LAbg. Klimt-Weithaler: „In einer ersten Phase hat das Land Steiermark einen nie dagewesenen Kahlschlag bei Schulen im ländlichen Raum durchgeführt. Weitere 17 Pflichtschulen sollen in nächster Zukunft zugespart werden. Nun sind die Musikschulen an der Reihe. Dieser Angriff auf wichtige Kultur- und Bildungseinrichtungen wird nicht ohne Folgen bleiben: Neben der Ausdünnung des Bildungsangebots werden viele Eltern und Kinder künftig weite Wege zurücklegen müssen. Auch Arbeitsplätze gehen verloren.“

Das Land handle, so Klimt-Weithaler, immer nach demselben Muster: Dem Landtag wird ein schönes Konzept mit hochtrabenden Plänen vorgelegt, in der Praxis beschränkt sich die Landesregierung aber auf Kürzungen und Schließungen.



Rede von KPÖ-Klubobfrau Klimt-Weithaler im Landtag zum Pflegeregress

davon gesprochen, dass der Regress „unsolidarisch und entwürdigend“ ist. Begründet unter anderem mit der Aussage: „Ältere Menschen zur Verzweiflung zu bringen, indem man ihnen das Gefühl gibt, ihren Kindern auf der Tasche zu liegen, ist das Schlimmste, das man ihnen antun kann.“ Seine „erste Maßnahme als Landeshauptmann wird die Abschaffung des Regresses sein“ – hat er versprochen und eingehalten.

Blicken wir kurz zurück ins Jahr 2008, da wurde der Regress von LH-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer aufs Schärfste verurteilt und die SPÖ aufgefordert, ihn abzuschaffen. Die Abschaffung wurde kurze Zeit später einstimmig im Landtag beschlossen.

Das Vermögen ist in Österreich besonders ungleich verteilt. In Österreich hat das oberste Zehntel der Bevölkerung ein durchschnittliches Nettovermögen von 1,64 Millionen Euro. Und während die Reichen immer reicher werden, werden die Armen ärmer und viele können sich das tägliche Leben bald nicht mehr leisten. Ihnen werden Kürzungspakete aufgebremst und Regelungen

wie der Regress bei Pflege und Mindestsicherung verordnet. Das ist die Politik der so genannten Reformpartner.

2011 haben SPÖ und ÖVP den Regress wieder eingeführt. Sie reden dabei von Solidarität und davon, „dass einem die Eltern das wohl wert sein müssen“. Mit dem Gehalt eines Landeshauptmannes, einer Landesrätin, ist es leicht, solche Aussagen zu tätigen. Aber der Großteil der Bevölkerung verdient sehr viel weniger und vielen Eltern ist es mehr als unangenehm, dass ihre Kinder nun zur Kasse gebeten werden – Kinder, die keine Großverdiener sind. Darüber sollte auch Landesrätin Edlinger-Ploder nachdenken, und zwar bevor sie wieder einmal sagt, der Regress sei eine „pädagogische Maßnahme“.

Ich bin froh, dass die Menschen, die sich für die Abschaffung dieses unfairen und unsozialen Regresses stark machen, nun immer lauter werden. Ich bekomme täglich Mails, Briefe und Anrufe von Menschen, die unsere Kampagne unterstützen wollen. Wir werden nicht aufhören dafür zu kämpfen, dass der Regress bald Geschichte sein wird.

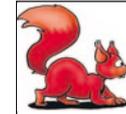
Land Steiermark setzt auf Leiharbeit und Billigjobs

An mehreren steirischen Schulen und Bezirkshauptmannschaften werden künftig Aufgaben, die bisher von Landesbediensteten erfüllt wurden, an private Unternehmen übertragen. Das wurde von der steirischen Landesregierung beschlossen. Die KPÖ übt heftige Kritik an dieser Vorgangsweise.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg weist darauf hin, dass die dem Regierungsbeschluss zugrunde liegende Argumentation, dass Fremdreinigung billiger komme, das Ziel hat, künftig das gesamte Reinigungspersonal des Landes durch private (Leiharbeits-)Firmen zu ersetzen. Viele Reinigungsfirmen setzen auf Leiharbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. LAbg. Murgg (KPÖ): „Ist es wirklich das Ziel der sozialdemokratisch geführten Landesregierung, die Löhne und Gehälter so weit wie

möglich nach unten zu drücken und auf diese Weise Einsparungen zu erreichen? So einer Personalpolitik werden wir nicht zustimmen. Ich hoffe, dass die Personalvertretung das nicht einfach hinnimmt.“

Die KPÖ hat in der Landtagssitzung am 14. Mai einen Entschließungsantrag dagegen eingebracht, der von SPÖ und ÖVP abgelehnt wurde.



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Regress: Edlinger-Ploder nennt falsche Zahlen

In der Debatte um den Pflegeregress wird von Seiten der Landesregierung konsequent mit einer falschen Angabe gearbeitet, um die Öffentlichkeit in die Irre zu führen.

1.500 Euro Nettoeinkommen werden als Einkommensgrenze genannt, ab der Betroffene Regress zahlen müssen. Tatsächlich ist die Grenze weit geringer, da Urlaubs- und Weihnachtsgeld eingerechnet werden. Das Jahreseinkommen wird durch zwölf geteilt, weshalb sich für die meisten Berufstätigen eine monatliche Einkommensgrenze von 1.286 Euro ergibt. Somit sind auch deutlich mehr Menschen betroffen als bei einer Grenze von 1.500 Euro.

Weg mit dem Regress!

Petition an den Steiermärkischen Landtag:

Der Landtag wird aufgefordert, die 2011 eingeführte Kostenbeteiligungspflicht (Regress) für Angehörige von pflegebedürftigen Personen und Bezieher/innen von Mindestsicherung abzuschaffen.

Name	Adresse	Geb-Datum	Unterschrift

Prozess um „Kleines Glücksspiel“: Wovor fürchtet sich der Landeshauptmann?

Klimt-Weithaler (KPÖ): „Jeder weiß, dass in der Steiermark das Gesetz umgangen wird, nur nicht der Herr Landeshauptmann“

Ausweichend antwortete LH Voves am 14. Mai auf eine Dringliche Anfrage der KPÖ, in der diese wissen wollte, ob sich das Land Steiermark tatsächlich auf Seiten der Novomatic AG am Prozess eines Spielsüchtigen gegen den Konzern beteiligen wolle. Im Vordergrund steht dabei die Frage, ob die in Steiermark genehmigten Glücksspielautomaten dem Gesetz entsprechen.

Diese Entscheidung sei noch zu treffen, so LH Voves. Es sei „keine politische Frage“ – obwohl in der Steiermark seit Jahren einer Lösung der Probleme im Bereich des „Kleinen Glücksspiels“ auf politischer Ebene ausgewichen wird. Sollte es zu einer Verurteilung des Glücksspielkonzerns kommen, könnte dieser versuchen, sich am Land schadlos zu halten – allerdings nur, wenn nach-

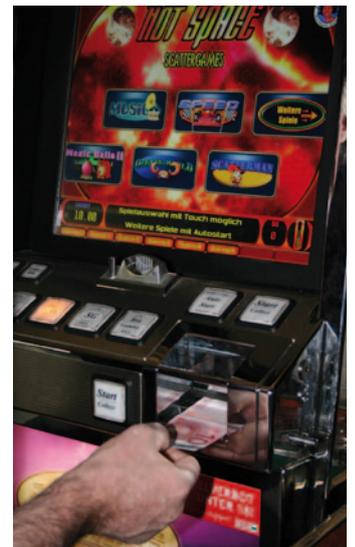
gewiesen werden kann, dass Automaten genehmigt wurden, die nicht dem Gesetz entsprechen. In einem ähnlichen Fall liegt seit wenigen Tagen ein Höchstgerichtsurteil vor, ein Glücksspielanbieter muss nun einen Spieler entschädigen. Lässt sich dieses Urteil auf die Steiermark übertragen, sind die Folgen unabsehbar.

Der Landeshauptmann behauptete in seiner Wortmeldung, in der Steiermark würde es keine genehmigten Automaten geben, welche höhere Einsätze als 50 Cent und Gewinne von mehr als 20 Euro zulassen.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Wovor fürchtet sich der Landeshauptmann, dass er keine klare Aussage zu einer Beteiligung des Landes an diesem Prozess macht? In der Steiermark weiß jeder, dass der Großteil der Automaten höhere Einsätze und Gewinne zulässt. Nur der Landeshauptmann will es nicht wissen. Das Land duldet seit langer Zeit Automaten, die dem Gesetz widersprechen. Dafür trägt der Landeshauptmann die Verantwortung.“

Ein KPÖ-Antrag, aus dem Kleinen Glücksspiel auszusteigen und keine Lizenzen mehr zu vergeben, wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt. Dazu bedürfte es keiner bundesweiten Lösung, wie die SPÖ argumentiert, um die Missachtung ihres eigenen Parteitagsbeschlusses zum Ausstieg aus dem Kleinen Glücksspiel zu rechtfertigen. Wien macht es vor, dort wurde der Ausstieg bereits vollzogen.

Auch der Antrag, das Land solle von einer Prozessbeteiligung auf Seiten der Novomatic AG Abstand nehmen, wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.



Verkehrsverbund: KPÖ gegen Teuerungsautomatik

Die KPÖ wendete sich im Umwelt- und Verkehrsausschuss gegen die Tarifierhöhung im steirischen Verkehrsverbund. Die Fahrpreise werden ab 1. Juli 2013 erneut kräftig erhöht, und das mit 5 Prozent weit über der Teuerungsrate.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „In Zeiten großer Belastungen für die Bevölkerung ist eine solche Teuerung unzumutbar. Treue Kunden, insbesondere Pendler werden bestraft, wenn sie öffentliche Verkehrsmittel verwenden.“ Grundlage für die Tarifierhöhung ist eine Vereinbarung aller im Verbund vereinten

Unternehmen, jährlich Preiserhöhungen bis zum 1,75-Fachen des Verbraucherpreisindex durchzuführen. Dass es anders geht, zeigt das Vorbild Linz. Dort wurde die Jahreskarte zuletzt um € 100,- billiger und kostet nun nur mehr € 285,-.

Die KPÖ stellte den Antrag, die von ihr in den Lenkungsausschuss entsendeten Mitglieder anzuweisen, gegen die geplante Tarifierhöhung zu stimmen, sowie auf eine Vertragsänderung zu drängen, die die jährlichen Preisanhebungen zurücknimmt. Leider stimmte die Regierung dagegen.

„Reformpartner wurden abgestraft

Die Trofaiacher KPÖ-Vizebürgermeisterin Gabi Leitenbauer: „Mit uns gibt es keine Päckelei am Rücken der Bevölkerung“

Bei der Gemeinderatswahl in der „Fusionsmusterstadt“ Trofaiach haben die größten Gemeindefusionsbefürworter SPÖ und ÖVP eine deutliche Niederlage erlitten. Die KPÖ, die als einzige Kraft von Anbeginn gegen die Zusammenlegung aufgetreten war, hat das gute Ergebnis von 2010 noch übertroffen und stellt mit fast 22 Prozent mit Gabi Leitenbauer wieder die Zweite Vizebürgermeisterin.

Gabi Leitenbauer: „Ich danke allen unseren Wählerinnen und Wählern für das große Vertrauen. Konsequente Politik im Interesse der arbeitenden Menschen macht sich doch bezahlt. Eines kann ich versprechen: Mit der KPÖ gibt es keine Päckelei am Rücken der Bevölkerung. Für Ausverkauf des Gemeindeeigentums und Gebührenerhöhungen stehen wir nach wie vor nicht zur Verfügung.“

KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg erinnert daran, dass der Unmut in breiten Kreisen der Bevölkerung gegen die von Voves und Schützenhöfer vom Zaun gebrochene und einem abstrakten Sparzwang gehorchende Gemeindezusammenlegung größer ist, als die „Reformzwillinge“ zugeben.

Murgg: „Der schöne Erfolg der KPÖ in Trofaiach sollte auch all jenen in der Steiermark Mut machen, die gegen die Zusperr- und Kürzungspolitik im Land Widerstand leisten wollen.“



Heizungen: Land zwingt Haushalte zu teuren Investitionen

KPÖ stimmt als einzige Partei gegen Regelung

Wer in jüngster Zeit eine Heizanlage eingebaut hat, die nun nicht mehr den neuesten Vorschriften entspricht, läuft Gefahr, diese im schlimmsten Fall innerhalb von zwei Jahren zu entsorgen. Das sieht ein Beschluss vor, den der Landtag am 14. Mai mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen gefällt hat. Die KPÖ hat gegen diese unverhältnismäßige Belastung einzelner Haushalte gestimmt.

Der Hintergrund: Alle so genannten Kleinf Feuerungsanlagen müssen aufgrund einer EU-Richtlinie einer Überprüfung auf Emissionen unterzogen werden. Der im Landtag zu treffende Beschluss ist weitaus restriktiver als die EU-Richtlinie. Weist eine Heizanlage zu

hohe Schadstoffwerte auf, muss sie gegebenenfalls durch eine neue ersetzt werden.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Während andere Bundesländer Vorbehalte angemeldet haben, um ihre Bürgerinnen und Bürger nicht über Gebühr zu belasten, hat Landeshauptmann Voves die 15a-Vereinbarung vorbehaltlos unterschrieben und dem Landtag somit die Möglichkeit genommen, noch einzugreifen. Für viele steirische Haushalte ist das eine enorme Belastung, die man mit gutem Willen hätte entschärfen können.“

Hätte der Landtag seine Zustimmung verweigert, wie es die KPÖ gefordert hat, würde die weniger restriktive EU-Richtlinie in Kraft treten.